

# Protokolleintrag vom 16.11.2011

2011/430

Postulat der SP-Fraktion vom 16.11.2011:

## **Einführung von benutzungsfreundlichen erweiterten Öffnungs- und Ansprechzeiten für Amtsstellen mit intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe**

Von der SP-Fraktion ist am 16. November 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie darauf hingewirkt werden kann, dass Amtsstellen mit besonders intensivem Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe wenn möglich an mindestens einem Tag pro Woche benutzungsfreundliche erweiterte Öffnungs- und Ansprechzeiten gewährleisten. Diese sollen es der Bevölkerung ermöglichen, ausserhalb der üblichen Arbeitszeit die Dienstleistungen der entsprechenden Stellen in Anspruch zu nehmen. Die ausgeweiteten Öffnungszeiten sind in Absprache mit den Personalverbänden arbeitnehmerfreundlich auszugestalten und den Quartierverhältnissen anzupassen.

Begründung:

Zahlreiche Amtsstellen der Stadt Zürich zeichnen sich durch einen besonders intensiven Kontakt zu Bevölkerung und Gewerbe aus. Dazu gehören beispielsweise das Bevölkerungsamt, die Kreisbüros und Betreibungsämter, das Amt für Baubewilligungen, das Büro für Veranstaltungen, das Kommissariat Polizeibewilligungen oder die Informations- und Koordinationsstelle für KMU-Anliegen. Im Rahmen einer bevölkerungsnahen Verwaltung sollten die Dienstleistungen dieser Ämter noch vermehrt benutzerInnenfreundlich ausgestaltet werden. Hierzu gehören mit oberster Priorität Öffnungs- und Ansprechzeiten, die es Betrieben und Bevölkerung ermöglichen, an mindestens einem Wochentag ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten (z.B. in den frühen Abendstunden) die Dienstleistungen der entsprechenden Stellen in Anspruch zu nehmen. Bei der Umsetzung dieses Anliegens ist jeweils zu prüfen, ob die Öffnungszeiten nicht generell verlängert, sondern nur verschoben werden können. Gleichzeitig dürfen diese ausgeweiteten Öffnungszeiten nicht auf Kosten der Arbeitsbedingungen des Personals gehen.

Mitteilung an den Stadtrat